

Abgeordnetenhaus erweitert

Am 21. April 2009 erweiterte der Oberste Gerichtshof das Repräsentantenhaus in Manila um 32 Sitze für bereichsspezifische Parteien. Zuvor hatten Repräsentanten verschiedener Interessengruppen 22 Sitze mit 16 Parteien besetzt. Um die neu geschaffenen 32 Sitze zu füllen, sind 20 neue Parteien zugelassen, vorerst bis zu den Wahlen 2010.

Die 54 Repräsentanten verschiedener Sektoren stellen 20 Prozent des Abgeordnetenhauses dar. Die restlichen der insgesamt 250 Sitze im Repräsentantenhaus sind mit Abgeordneten der Regierungsbezirke belegt. Weiterhin dürfen keine Parteien der Mitte direkt oder indirekt an der Parteilistenwahl teilnehmen, weil vor allem marginalisierte und unterrepräsentierte Bevölkerungsteile vertreten werden sollen. So agieren nun auch geographische und linguistische Gruppen als politische Parteien.

Kritiker befürchten, dass die

Vom Bundestag ausgeladen

Dem bekannten Globalisierungskritiker Walden Bello wurde der Eintritt zu einer Sitzung über die weltweite Finanzkrise im deutschen Bundestag verweigert. Walden Bello, welcher Vorsitzender der *Freedom from Debt Coalition* als auch Analyst des Think Tank *Focus on the Global South* ist, wurde vorgeworfen, mit einem Video zum Palästina-Konflikt den Holocaust verharmlost zu haben.

Parteilisten nun für private Zwecke mächtiger Personen ausgenutzt werden könnten. Ein erstes Indiz dafür ist der Einzug der Partei des pensionierten Militärgenerals Jovito Palparan, *Bantay*, in den Kongress. Palparan, auch unter dem Namen »der Schlächter« bekannt, werden schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Dass Palparan nun einen Abgeordnetensitz innehat, stößt vor allem bei linken Gruppen auf Ablehnung und verschärft die Unstimmigkeiten zwischen linken und rechten Kongressmitgliedern.

Die Erweiterung der Parteilisten wird jedoch auch von vielen Seiten begrüßt, jedoch mangelt es bei der Umsetzung noch an klaren Richtlinien in Anbetracht der Kriterien für die Parteien selbst. Daneben gibt es Schwierigkeiten bei der Vergabe der Sitze; zurzeit stehen noch drei Sitze offen.

vgl. PDI, 24.4.2009, 25.4.2009, 27.4.2009; Newsbreak, 24.4.2009

Der Bundestag lud auch seine australische Kollegin Nicola Bullard von *Focus on the Global South* eine Woche vor der Sitzung wieder aus. Beide erhielten am 5. März einen Brief: »Die Einladung wird aufgrund des Videos zurückgezogen.«

Das Video zeigt den Einzug israelischer Soldaten in den Gazastreifen und zieht Parallelen zum Holocaust.

vgl. Manila Standard Today, 14.3.2009

Alternatives Bergbaugesetz

Am 13. Mai 2009 wurde mit dem *Alternative Mining Bill* ein alternatives Bergbaugesetz im Abgeordnetenhaus eingebracht. Der Gesetzesentwurf, der von den Abgeordneten Lorenzo Tañada III of Quezon (liberal-demokratische Partei) und Riza Hontiveros (Akbayan) eingereicht wurde, versteht sich als Gegenentwurf zum derzeit geltenden *Mining Act of 1995*. Die Befürworter hoffen, mit dem Entwurf die Selbstbestimmung der lokalen Gemeinden zu fördern und partizipatorische Mechanismen in Gang zu setzen.

Entworfen wurde das Gesetz vom *Legal Rights and Natural Resource Center-Kasama sa Kalikasan/Friends of the Earth Philippines* und den *Alternative Law Groups* (ALG). Der *Alternative Mining Bill* (AMB) soll den Spielraum ausländischer Firmen einschränken und die Ressourcenausbeutung zugunsten einer landeseigenen nachhaltigen Entwicklung fördern. Im Vergleich zum *Mining Act of 1995*, einem eher neoliberalen und investorenfreundlichen Gesetz, wird mit dem AMB die maximale Abbaufäche auf 500 Hektar und die Dauer der Projekte auf 15 Jahre verringert. Momentan können Bergbaufirmen bis zu 81.000 Hektar in der Erkundungsphase sowie bis zu 5.000 Hektar für die Produktionsstufe beschlagnehmen, die Projekte können 25 Jahre andauern und um weitere 25 Jahre erweitert werden. Ein weiterer Passus im Gesetzesentwurf sieht vor, das Eigentumsrecht ausländischer Firmen zu verringern sowie einen Weiterverkauf zu verhindern. Bisher können Bergbauprojekte bis zu 100 Prozent in der Hand ausländischer Firmen sein und bestehende Bergbaulizenzen an andere Firmen weiterverkauft werden.

vgl. LRC, 13.5.2009; SunStar, 18.5.2009; Mindanews, 20.5.2009

Zusammenschluss der zwei größten Parteien

Am 28. Mai 2009 wurde in Manila der Zusammenschluss der zwei größten philippinischen Volksparteien *Kabalikang Pamamayang Pilipino* (Kampi) und *Lakas Christian Muslim Democrats* (Lakas-CMD) gefeiert. In ihrer Rede betrachtete die derzeitige Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo als Vorsitzende der neuen Partei *Lakas-Kampi-CMD* den Zusammenschluss mit Zuversicht und betonte, dass dies ein Zeichen der Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen 2010 sei.

Allerdings kritisieren führende Politiker beider Parteien Kampi und Lakas-CMD den Zusammenschluss als zu voreilig und verweigerten ihre Teilnahme an einer öffentlichen Kundgebung in Manila. Einer der Abwesenden war Luis Villafuerte, Kampi-Vorsitzender in der Region Camarines Sur. Der ehemalige Präsident und Lakas-Gründer Fidel Ramos sollte auf der Feier eine Rede halten, erschien dann aber ebenso nicht.

Auch Bayani Fernando, Vorsitzender der *Metropolitan Manila Development Authority* und bedeutender Lakas-Anhänger, fehlte. Er beklagt die ungerechte Bevorzugung von Vizepräsident Noli de Castro und Verteidigungsminister Gilberto Teodoro. Beide unterstützten als getreue Anhänger der Präsidentin den Zusammenschluss der Parteien. Obwohl sie vorher keiner der beiden Parteien angehörten, haben sie gute Chancen die Präsidentschaftswahlen 2010 als Parteiführer anzutreten.

Die zwei Parteien wurden ohne vorherige Vollversammlung und ohne Zustimmung der führenden Parteimitglieder fusioniert.

vgl. PDI, 28.5.2009, 29.5.2009, 30.5.2009; Philstar, 29.5.2009

Duterte leugnet Todesschwadronen

In Davao begann am 30. März 2009 eine öffentliche Ermittlung der philippinischen Menschenrechtskommission CHR gegen die in der Stadt aktiven Todesschwadronen, auch bekannt als *Davao Death Squad* (DDS).

Seit 1998 gibt es etwa 800 ungeklärte Morde in Davao City. Die Opfer dieser systematischen Tötungen sind Räuber, Drogenhändler oder Mitglieder von Straßenbanden – darunter viele Minderjährige und Jugendliche.

Die internationale NGO *Human Rights Watch* (HRW) macht in ihrem Bericht »You Can Die Anytime« Davaos Oberbürgermeister Rodrigo Du-

terte und die Präsidentin Arroyo für die Straflosigkeit der Morde verantwortlich. Duterte fordert zwar, dass »jeglicher Verbrecher in seiner Stadt getötet werden soll, damit Davao sicher und friedlich bleibt«, andererseits bestreitet er, dass die Morde »staatlich organisiert« seien.

Menschenrechtsaktivisten fordern, die Straflosigkeit außgerichtlicher Morde in den Philippinen zu beenden und einen effektiven Zeugenschutz zu gewährleisten, um die Täter zur Rechenschaft ziehen zu können.

vgl. HRW, 6.4.2009; GMA News, 30.3.2009; Mindanews, 11.5.2009; Newsbreak, 7.4.2009

Boxer in die Politik

Manny »Pacman« Pacquiao ist 30 Jahre alt, 140 Pfund schwer und Meister in sechs Gewichtsklassen. Er wird in den Philippinen als Nationalheld gefeiert und gilt als bester Boxer der Gegenwart. Wenn Pacquiao den Ring betritt, sinkt die Kriminalitätsrate gegen Null, gleichzeitig muss der nationale Stromversorger (NGCP) 100 Megawatt mehr liefern.

Als einzige klassenlose Persönlichkeit im Land inspiriert Pacquiao junge und alte sowie arme und reiche Menschen gleichermaßen. Mit dieser Unterstützung will Pacquiao nun in die Politik. Vor zwei Jahren hatte sich der Boxer schon einmal

für einen Parlamentssitz beworben. Doch ohne Partei und ohne gute politische Beziehungen erhielt er keinen Eintritt zu den korruptionsbeladenen politischen Kreisen der Philippinen. 2010 will er es noch einmal versuchen: Seine Partei »People's Champ Movement« soll es in den Kongress schaffen.

Präsidentin Arroyo ernannte den Nationalheld Pacquiao zum »Sondergesandten für Frieden und Einheit«. Da ahnte sie wohl noch nicht, dass der Boxer nun nach ihrem Amt strebt. Seine Fans befürchten jedoch, dass er so seinen guten Ruf verlieren wird.

vgl. SZ, 23.5.2009; PDI, 2.5.2009

Medizintourismus erlebt Aufschwung

Von Januar bis März 2009 ist die Nachfrage medizinischer Einrichtungen in den Philippinen mit über 200.000 ausländischen Besuchern um zehn Prozent gestiegen.

Die Touristen können sich in philippinischen Polykliniken oder Wellness-Centern bei gleichem Standard zu einem günstigeren Preis behandeln lassen. Ein komplettes Gesundheitsprogramm kann bis zu 90 Prozent billiger sein als in den USA. So kostet eine Knie-Operation in Amerika 50.000 US\$

und auf den Philippinen nur 6.000 US\$. Darüber hinaus erweitern philippinische Polykliniken ihr Freizeitangebot mit Golfplätzen und Kreuzfahrten.

Jeder Gesundheitstourist gibt während seines Aufenthaltes durchschnittlich 3.500 US\$ aus. Wenn der Trend so weiterläuft, könnte es Ende 2009 über 600.000 Patienten geben. Das diesjährige Bruttoeinkommen des Gesundheitssektors betrüge dann etwa 2,1 Mrd. US\$.

vgl. MT, 1.4.2009

nachrichten